



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

in der heutigen Ausgabe von Pankow aktuell stellen wir Ihnen die Mitglieder des neu gewählten Kreisvorstandes vor. Ich freue mich, dass wir eine schlagkräftige und kompetente Mannschaft gewählt haben, und nun alle zusammen in die heiße Phase des Wahlkampfes treten können.

Am Wochenende nach dem Kreisparteitag haben sich der Kreisvorstand, die Ortsverbands- und Vereinigungsvorsitzenden sowie die Kandidaten, die aktuellen Fraktionsmitglieder und die Bürgerdeputierten zu einer Klausurtagung getroffen und die organisatorischen sowie inhaltlichen Themen des Wahlkampfes diskutiert und festgelegt. Nach der inhaltlich spannenden Diskussion haben wir alle Voraussetzungen für den Erfolg der Union hier in Pankow geschaffen: Die Mannschaft steht, die Parteispitze ist kompetent besetzt. Die inhaltlichen Schwerpunkte und Detailfragen sind festgezurrt.

Das war ein ordentliches Stück Arbeit, an der sich viele Mitglieder aktiv beteiligt haben. Insgesamt vier Kreisparteitage, der Arbeitskreis zur inhaltlichen Themensetzung und die Diskussionen in den Ortsverbänden, Vereinigungen und Arbeitsgruppen haben uns in Atem gehalten. Im Namen des Kreisvorstandes darf ich Ihnen allen herzlich für Ihre Mitwirkung danken.

Trotz der Belastung waren wir nah an den Bürgerinnen und Bürgern im Bezirk Pankow. Wir haben uns bei Bürgerinitiativen, Vereinen und Organisationen eingebracht.



Ich danke Ihnen für Ihr Vertrauen, dass Sie allen gewählten Personen und mir persönlich schenken und bitte Sie, sich gerade auch in den nächsten Monaten weiterhin aktiv in die politische Arbeit hier in Pankow einzumischen. Wir haben allen Grund, an den Politikwechsel in Pankow und Berlin zu glauben und für diesen konstruktiv zu streiten und zu kämpfen.

Die CDU Pankow geht neue Wege. Wir wollen die Menschen auch über das Internet erreichen und für die Union gewinnen. In der April-Ausgabe von Pankow aktuell können Sie einige Thesen lesen, die wir auf unserer Internetseite www.cdupankow.de zur Diskussion stellen. – Sagen auch Sie uns Ihre Meinung.

Ihr

Dirk Stettner

Vorsitzender CDU Pankow

Bezirksamt sucht Wahlhelfer

Sie sind bei jeder Wahl und jedem Volksentscheid unverzichtbar: Wahlhelfer – Freiwillige, die Ihren Beitrag zu unserer Demokratie leisten, an Wahltagen in den Wahllokalen helfen und dafür sorgen, dass jeder Wahlberechtigte seine Stimme abgeben kann und die Wahlen frei von jeder Beeinflussung und ordnungsgemäß durchgeführt werden können.



Haben Sie Zeit und Lust Wahlhelfer zu sein?

Melden Sie sich doch einfach telefonisch, per E-Mail oder Fax in unserer Geschäftsstelle. Wir geben Ihre Daten gerne an das Bezirkswahlamt weiter. Von dort erhalten Sie dann alle weiteren Informationen.

Vielen Dank für Ihr Engagement!

Das Bildungspaket der Bundesregierung

Unsere Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Schröder hat mit dem Bildungspaket für sozial benachteiligte Kinder eine breite Beteiligungsmöglichkeit an Essens-, Bildungs- und Freizeitangeboten geschaffen. Damit verfolgt sie die Grundlinie der Union: Bildung, Förderung, Teilhabe darf nicht strukturell vom Einkommen der Eltern abhängig sein. Bildung, von der Kita bis zur Oberschule, darf keine Geldfrage sein. Wir sehen täglich bei uns in Pankow, dass der rot-rote Senat keinen Schwerpunkt auf die Bildung unserer Kinder legt. Selbst in den, im deutschen Durchschnitt, gut versorgten Gebieten, wie Pankow, gibt es zu wenige Kitaplätze. Unsere Schulen befinden sich in einem beklagenswerten Zustand und die Sicherung einer ausreichenden Anzahl von Erziehern und Lehrern wird stiefmütterlich behandelt.



Caroline Fetscher vom Tagesspiegel, erschienen am 17.04.2011, schreibt zu diesem Thema:

„Das Prekariat will Cash

Das Bildungspaket von Ursula von der Leyen floppt. Vor allem in den Großstädten nutzt kaum einer das Angebot. Die Ministerin meint: Alles nur eine Frage der Zeit. Viel wahrscheinlicher ist aber, dass die Empfänger schlicht kein Interesse an den Leistungen haben.

All die Armen, die das Bildungspaket für ihren Nachwuchs gar nicht aufschnüren wollen, was ist mit ihnen? Es scheint, als haben sie sich gegen Ursula von der Leyen verschworen. Deren mit Aplomb angekündigtes Förderprogramm für bedürftige Kinder erweist sich bisher als Riesenreinfall. In den Großstädten, so geben die Ämter an, haben sich 97,5 Prozent aller Eltern der zweieinhalb Millionen Mädchen und Jungen, die Anspruch auf ihren Teil des Hartz-IV-Bildungspaketes hätten, überhaupt nicht gerührt. Nur noch bis Ende April können sie ihre Anträge einreichen. In Köln klopfen von 56 000 Berechtigten 300 beim Amt an und zeigten Interesse an Gutscheinen für Mittagessen in der Schule, Sport- und Musikvereine oder Nachhilfe.

Ministerin von der Leyen wiegelt ab. Das Angebot müsse, meint sie, sich bei der Zielgruppe erst herumsprechen.

Für einige mag das stimmen. Aber arme Leute sind ja kein Gramm dümmere als der Durchschnitt der Gesell-

schaft. Wie finanzielle Vorteile zu ergattern sind – Befreiung von Fernsehgebühren, Wohngeld, Lohnaufstockung – das spricht sich in Windeseile herum. Bargeld ist begehrt, es ist umsetzbar in Konsum, in Fernseher, Mobiltelefone, Alkohol. Auf rührende Weise spricht es für die politische Kaste, wenn sie annimmt, alle wollten so viel wie möglich für die eignen Söhne und Töchter tun. Auf erschreckende Weise spricht es gegen ihre Realitätstauglichkeit, wie wenig Ahnung sie vom Kontinent der Bildungsferne besitzen, auf dem neue Fertigkeiten oft sogar Furcht vor der Entfremdung des Kindes von Clan und Familie wecken. Dass die Schulpflicht einst per Zwang eingeführt werden musste, lag an Eltern, die ihre Kinder lieber Lohnarbeit leisten lassen und verhindern wollten, dass sie sich „für was Besseres halten“. Tatsächlich gibt es auch heute in Hunderttausenden von Fällen nur einen Ort, an dem Angebote für Kinder Früchte tragen: Die Schulen und Kitas. Dort, und nur dort, wären die Milliarden der Ministerin gut investiert.“

Die Kommentare, die sehr schnell auf diesen Beitrag folgten, sind vielzählig und variieren stark zwischen deutlicher Zustimmung und vehementer Ablehnung. Die Kernfrage ist: Sollen Kitas und Schulen direkt mehr Geld erhalten oder sollen zusätzliche Finanzmittel über die Eltern an die Bedürftigen ausgegeben werden? Wenn letzteres mit ja beantwortet wird, dann folgt die nächste Frage: Sachmittel oder Bar?

In keinem Fall ist jemand unsozial, nur weil er es wagt, unangenehme Fragen zu stellen. Im Gegenteil, dies fehlt an vielen Stellen unserer gesellschaftlichen Diskussionen. Der momentane Abruf der zur Verfügung gestellten Sachmittel unterstützt die These von Frau Fetscher. Bildung, Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und Unterstützung unserer Kinder ist ein wesentlicher Schwerpunkt christdemokratischer Politik. Die eingesetzten Mittel müssen aber auch zielgenau beim bedürftigen Kind ankommen. Die auf Grund des föderalen Systems vorhandenen Umsetzungsschwierigkeiten außer Acht gelassen, spricht dies für Investitionen in die Kitas, Schulen, Erzieher und Lehrer. Doch lassen wir der Umsetzung des Bildungspaketes noch einige Wochen Zeit – und hoffen, dass viel mehr Eltern für ihre Kinder die Leistungen in Anspruch nehmen. [dste]

Neuer Kreisvorstand wurde gewählt

Am 25. März wurde der neue Kreisvorstand gewählt. Hier wollen wir Ihnen nun die Gewählten vorstellen:

Kreisvorsitzender

Dirk Stettner
dirk.stettner@cdupankow.de



stellv. Kreisvorsitzende

Peter Kurth
peter.kurth@cdupankow.de



Gottfried Ludewig
gottfried.ludewig@cdupankow.de



Schatzmeister

Jürgen Wollner
juergen.wollner@cdupankow.de



Schriftführer

Markus Jaeger
markus.jaeger@cdupankow.de



Beisitzer

Stefan Blauert
stefan.blauert@cdupankow.de



Prof. Heinrich Bücke-Gärtner
heinrich.buecker-gaertner@cdupankow.de



Alexander Droigk
alexander.droigk@cdupankow.de



Dr. Torsten Kühne
torsten.kühne@cdupankow.de



Dr. Philipp Lengsfeld
philipp.lengsfeld@cdupankow.de



Victoria Pöllmann
victoria.poellmann@cdupankow.de



Joachim Pollnow
joachim.pollnow@cdupankow.de



Carsten Schmidt
carsten.schmidt@cdupankow.de



Moritz Wieck
moritz.wieck@cdupankow.de



Fraktionsvorsitzender in der BVV Pankow

Johannes Kraft
johannes.kraft@cdupankow.de



Wahlkämpfer: meldet Euch!

Nun naht die heiße Phase des Wahlkampfs. Wir werden immer häufiger Veranstaltungen planen, durchführen und besuchen. Viele aktuelle Themen werden in immer kürzeren Abständen diskutiert und öffentlich behandelt. Nicht jedes Mitglied kann immer bei allen Veranstaltungen und Planungsrunden dabei sein. Wir möchten Sie aber so schnell und genau wie möglich informieren. Wenn Sie in dieser spannenden Zeit oft, schnell und in kürzer werdenden Intervallen per E-Mail und/

oder SMS informiert werden wollen, dann schreiben Sie der Kreisgeschäftsstelle bitte eine kurze Mail und wir werden Sie immer informiert halten. Kontakt: kgs@cdupankow.de – bitte E-Mail-Adresse und/oder Funknummer angeben. (Selbstverständlich bleiben diese Daten zentral bei uns und werden nicht an Dritte gegeben.)

Brutalität in der U-Bahn | Meinung

Es ist eine erschreckende Vorstellung:

Der eigene Sohn oder die eigene Tochter sitzt abends in Berlin in einem U-Bahnhof und wird ohne Grund und ohne Sinn und Verstand fast tot geprügelt. Gerade auch ältere Menschen müssen bei diesen Nachrichten schauern. Wer kann schon wissen, wann es ihn trifft und wer soll noch beurteilen, wer zu solchen unfassbaren Taten fähig ist. Wie soll man sich schützen? Pauschale Antworten gibt es auf diese Fragen nicht. Zu den Entwicklungen des letzten Falls in Berlin schreibt der Focus über die Entscheidung, den Täter (zunächst) wieder laufen zu lassen:

"Der Deutsche Richterbund hat die Entscheidung eines Berliner Richters verteidigt, den U-Bahn-Schläger nach einem brutalen Angriff auf freien Fuß zu setzen. Der Berliner Verbands-Vorsitzende Stefan Finkel sagte am Dienstag in MDR Info, es gebe in der Bundesrepublik gesetzliche Regelungen, wann jemand in Untersuchungshaft genommen und wann er verschont werde. Finkel: „Da es sich hier um einen unvorbestraften Heranwachsenden handelt, der sich selbst gestellt hat und der die Tat voll umfänglich eingeräumt hat, liegen nach Auffassung des Gerichts offensichtlich die Voraussetzungen für eine Haftverschonung vor.“ Finkel betonte, es handele sich aber immer um Einzelfall-Entscheidungen."

Der Täter hat sich selbst gestellt. Und der Täter war vorher nicht negativ aufgefallen. Aber was löst die Entscheidung des Gerichtes aus, diesen Täter wieder gehen zu lassen? Wie muss sich das Opfer fühlen, seine Familie? Wie wirkt sich dies auf unser Rechtsempfinden aus, dass ein Jugendlicher "Streit sucht", ein unschuldiges Opfer findet, fast tot schlägt und tritt, dabei offenbar tanzend große Freude empfindet. Dann kommt dieser Mensch schnell vor Gericht (gut!) und geht kurz danach wieder seiner Wege (schlecht!).

Wir werden es nicht verhindern können, dass uns allen unverständliche Brutalität an Wehrlosen ausgelebt wird. Aber wir müssen dafür sorgen, dass die Wahrscheinlichkeit, damit ungestraft durchzukommen, möglichst gering ist. Ungestraft wird diese Tat nicht bleiben, aber dass solche Menschen wieder frei herumlaufen dürfen ist falsch. Wenn es sich hierbei immer um Einzelfallentscheidungen handelt, wäre hier die richtige Entscheidung gewesen, den Täter in Untersuchungshaft zu nehmen. Richtig ist auch, an öffentlichen Plätzen und Flächen Überwachungsanlagen zu installieren, mehr Polizisten einzustellen und für eine schnelle Verurteilung solcher Täter zu sorgen. Das alles hat mit "law and order-Politik" nichts zu tun sondern sichert unser Zusammenleben. Dem Opfer und seiner Familie spreche ich mein

herzliches Beileid aus - hoffentlich werden sie dieses schreckliche Ereignis nicht nur körperlich sondern auch psychisch überwinden können. Dem Touristen aus Bayern, der mutig eingegriffen und damit noch Schlimmeres verhindert hat, gilt unser großer Dank. Schlimm sind diese feigen Schläger, noch schlimmer sind Zuschauer, die nicht helfen.

GdP-Chef Witthaut betonte, es sei kein Wunder, wenn jugendliche Täter den öffentlichen Raum mittlerweile als rechtsfreien Raum betrachten, da es „kaum noch jemanden gibt, der sie zur Ordnung ruft, und Verstöße gegen Recht und Gesetz, Sicherheit und Ordnung nur lapidar geahndet werden.“ (Welt online) Die rot-roten Politiker in Berlin gefallen sich darin, beim brutalen Täter nach schweren Kindheitstraumata zu suchen, bei gewalttätigen Versammlungen von politischen Meinungsäußerungen zu sprechen und unsere Polizisten bei ihrer Arbeit nicht nur alleine zu lassen sondern auch noch zu behindern und zu gefährden.

[dste]

Bildnachweise:

Seite 1: privat | Stimmabgabe: Wählerin wirft Stimmzettel in Wahlurne Alexander Hauk | www.alexander-hauk.de
www.bayernnachrichten.de | 2. März 2008

Seite 2: CDU Bilderdatenbank | Tom Grill/Corbis

Seite 3: privat

Seite 4: CDU Bilderdatenbank

Seite 5: Michael Balzer | CC-Lizenz | bestimmte Rechte vorbehalten

Bundesprogramm „TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN“ | Meinung

Wer unsere freiheitliche, demokratische Grundordnung nicht respektiert ist ein Gegner unserer Demokratie.

"Ziel der Maßnahmen in den Programmen zur Extremismusprävention der Bundesregierung und somit auch im Bundesprogramm „TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN“ ist die Stärkung von Demokratie und Toleranz und das Vorgehen gegen Extremismus. Die gemeinsame Grundposition aller Mitwirkenden an den Bundesprogrammen muss daher sein, sich zu den tragenden Elementen unserer Verfassung, also der Freiheitlich Demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland zu bekennen." (Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend)

Damit die im Rahmen der sogenannten Lokalen Aktionsplänen aktiven Gruppen Geld vom Bund erhalten können, wird von diesen die Unterschrift unter die folgende "Demokratieerklärung" nötig:

"Hiermit bestätigen wir, dass wir uns zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennen und eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit gewährleisten. Als Träger der geförderten Maßnahmen haben wir zudem im Rahmen unserer Möglichkeiten und auf eigene Verantwortung dafür Sorge zu tragen, dass die als Partner ausgewählten Organisationen, Referenten etc. sich ebenfalls den Zielen des Grundgesetzes verpflichten. Uns ist bewusst, dass keinesfalls der Anschein erweckt werden darf, dass eine Unterstützung extremistischer Strukturen durch die Gewährung materieller oder immaterieller Leistungen Vorschub geleistet wird."

Es ist erfreulich, dass sich das Bundesministerium sehr aktiv für die Extremismusprävention engagiert und Gelder bereitstellt. Ebenso erfreulich ist es, dass sich viele ehrenamtlich tätige Menschen finden, die mit diesen finanziellen Mitteln Gutes für unser Gemeinwesen bewirken. Vollkommen unverständlich ist es, wenn einzelne Organisationen sich nicht in der Lage sehen, für sich und ihre jeweiligen Partnerorganisationen zu bestätigen, dass sie die Freiheitliche Demokratische Grundordnung unseres Landes anerkennen. Folgenden Brief, den wir in Auszügen zitieren, richtete der Lokale Aktionsplan Pankow an die Bundesministerin Dr. Kristina

Schröder:

"Erfreut nahmen die Mitglieder (..) die Entscheidung des Bundesministeriums zur Kenntnis, dass die Lokalen Aktionspläne - als erfolgreiches Instrument der präventiven Arbeit gegen Rechtsextremismus - für weitere drei Jahre zur Sicherung der Nachhaltigkeit gefördert werden können. Umso verwunderlicher und besorgniserregender empfinden wir nun die an die Förderung gekoppelte Unterschrift unter eine „Demokratieerklärung“. Wir haben in den vergangenen Jahren eine vertrauensvolle, wirksame



Kooperation aufgebaut, in die unterschiedliche Akteure und Zielgruppen einbezogen waren. Wir haben offen Themen, Ideen und Projektvorschläge diskutiert - ganz im Sinne des Bundesprogramms „VIELFALT TUT GUT“. Dadurch ist es uns gelungen, viele zivilgesellschaftliche Akteure - Jugendliche, Vereine, Migrantenselbstorganisationen, Jugend- und Nachbarschaftszentren, diverse Gre-

mien etc. für die Inhalte des Bundesprogramms und unseres LAP zu gewinnen und aktiv einzubeziehen.

Von daher halten wir den zweiten Teil der Erklärung für äußerst kontraproduktiv, der von den Trägern fordert, Kooperationspartner/innen, tätige Honorarkräfte und andere an den Projekten Beteiligte auf ihre freiheitlich-demokratische Grundordnung zu überprüfen. Das stößt bei uns auf breite Ablehnung. Ein solches Vorgehen zerstört die bisher entwickelten Netzwerkstrukturen, fördert Misstrauen (statt Vertrauen) und Unsicherheit unter den Projekten und beteiligten Bürger/innen und gefährdet den Erfolg der Arbeit des LAP Pankow insgesamt.

Diese „Gesinnungsprüfung“ schafft eine Spaltung der am LAP zu beteiligenden zivil-gesellschaftlichen Akteure, in diejenigen, die die Klausel unterschreiben werden, und denjenigen, die die Unterschrift aus den o.g. Bedenken heraus verweigern. Damit grenzt die Unterschrift manch Bürger/innen und Projekte von der Teilnahme an der gemeinsamen Arbeit gegen Rechts und für Demokratie aus." (Quelle: Bezirksamt Pankow)

Wenn diese Demokratieerklärung eine Spaltung der "zu beteiligenden zivil-gesellschaftlichen Akteure" verursacht, dann spaltet sie diejenigen Teile erfolgreich ab, die nicht auf der Basis unseres Grundgesetzes agieren. Das ist nicht nur wünschenswert sondern höchste Zeit. Es ist erschreckend, dass in unserem Bezirksamt Mitarbeiter, die von unseren Steuergeldern bezahlt werden, solche Briefe erarbeiten.

[dste]